

Aktiv für
den Frieden!

**Bundeswehr raus
aus den Schulen**

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Inhaltsverzeichnis

Keine Militärpropaganda an Schulen!	3
Attraktivitätssteigerung und Imagepflege	6
Die Bundeswehr: Kein Arbeitgeber wie jeder Andere	9
Werben um Jugendliche	12
Die Bundeswehr ist nicht neutral!	14
Kooperation der Bundeswehr mit Bundesländern	16
Die Bundeswehr an der Schule	20
Kommt die Bundeswehr auch an meine Schule?	20
Wer entscheidet darüber, ob die Bundeswehr kommen darf?	20
Wie läuft eine Veranstaltung ab?	20
Was hat es mit dem Strategie-Spiel Pol&IS auf sich?	22
Was für Unterrichtsmaterial verbreitet die Bundeswehr zusätzlich?	25
Wie kann Protest organisiert werden?	26
Was ist der Beutelsbacher Konsens?	27
Ein Bündnis gegen die Bundeswehr an der Schule gründen? Wer kann helfen?	27
Was tun, wenn sich die Veranstaltung trotz allem nicht verhindern lässt?	28
Die Bundeswehr an der Hochschule	29
Krieg bringt keinen Frieden – Position der LINKEN	30
Weitergehende Informationen:	32

Keine Militärpropaganda an Schulen!

Die Bundeswehr hat ein Rekrutierungsproblem: Schon seit Jahren fällt es ihr schwer, den benötigten Nachwuchs anzuwerben. Der Geburtenknick sorgt zusätzlich dafür, dass die Bewerberzahlen rückläufig sind. Rekrutierungsoffiziere und Militärsoziologen sind sich einig: Jugendliche entscheiden sich allenfalls dann für die Bundeswehr, wenn sie sonst keine Ausbildungs- und Berufsoptionen haben.

Die Personalnot der Truppe kommt nicht von ungefähr. Schon die Berichte über Ekelexzesse und Gewaltrituale wirken auf viele Jugendliche abschreckend; erst recht aber die Tatsache, dass immer häufiger Trauerfeiern für Soldaten durchgeführt werden müssen, die in Afghanistan ums Leben gekommen sind.

In den letzten Jahren vollzog die Bundeswehr einen grundlegenden Wandel. Auslandseinsätze gehören inzwischen zum Alltag. Dabei geht es vor allem darum, vermeintlichen Bündnisverpflichtungen nachzukommen, sowie »Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen« durchzusetzen.

Die Entwicklungen in der Bundeswehr, aber auch in der NATO und der EU, zielen darauf ab, in Zukunft eine noch Truppe aufzubauen, die schnell überall auf der Welt einsetzbar ist. Streitkräfte sind zum »unentbehrlichen Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik« geworden, so Verteidigungsminister de Maizière in den kürzlich vorgestellten neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien. Eine Transformation von der Verteidigungsarmee hin zu einer offensiv ausgerichteten Einsatzarmee ist in vollem Gange.

In diesem Zusammenhang ist auch die Aussetzung der Wehrpflicht zu verstehen. Die Bundeswehr setzt nur noch auf Profis statt auch auf Wehrdienstleistende. Damit steht die Bundeswehr allerdings vor dem Problem, wie sie in Zukunft Nachwuchs anwerben kann – rekrutierte sie doch bisher einen Großteil ihrer Soldaten aus den Wehrdienstleistenden.

Die Reklamestrategie ist einfach: Jugendliche sollen einen guten Eindruck von der Bundeswehr bekommen – wenn sie sich dann erstmal langfristig verpflichtet haben, ist es zu spät, ordentliche Kündigungsmöglichkeiten gibt es für Soldaten nicht.

Die Nachwuchswerbung der Bundeswehr wurde in den vergangenen Jahren modernisiert und verschlingt heute weit über zehn Millionen Euro jährlich. Eine Million »Zielgruppenangehörige«, wie sie im Militärsprech heißen – dazu zählen auch Freunde und Eltern der umworbenen Jugendlichen – hat die Bundeswehr im vergangenen Jahr erreicht.

Besonders in den Fokus geraten dabei die Schulen: Hier wird seit einigen Jahren eine regelrechte Offensive gestartet. 2009 hatte der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung die Bundesländer aufgefordert, Kooperationsverträge mit der Bundeswehr zu schließen. Als deren Ziel nannte er ausdrücklich, »den Sinn bewaffneter Auslandseinsätze zu vermitteln.« Acht Länder sind bislang gefolgt.

Jugendoffiziere bieten an, vor der Klasse zwei Unterrichtsstunden zum Thema »Sicherheitspolitik« zu füllen. Auf diese Art bereiten sie das Feld für den Einsatz der Wehrdienstberater. Auch Referendare, Lehrerinnen und Lehrer werden

immer häufiger zu Seminaren der Jugendoffiziere eingeladen. Die Bundeswehr füllt hier eine Lücke, die sich in der Bildungspolitik in Deutschland aufgetan hat. Und sie nutzt die soziale Not, die Arbeits- und Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher aus.

DIE LINKE meint: Schulen sollen ein Ort der Bildung sein, nicht der Rekrutierung.

Aus diesem Grund begrüßen wir, dass sich bundesweit Widerstand gegen die militärpolitische Indoktrination an den Schulen regt. Schülerinnen und Schüler protestieren gegen die Militärs an ihren Schulen, Lehrerinnen und Lehrer weigern sich, Jugendoffiziere einzuladen, einige Schulkonferenzen haben bereits beschlossen, ihre Schule als »militärfrei« zu erklären. Die vorliegende Broschüre unterstützt diese Proteste und liefert sowohl Hintergrundinformationen als auch praktische Tipps.

Christine Buchholz, Friedenspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, und Ulla Jelpke, Innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag.

Attraktivitätssteigerung und Imagepflege

Um die Attraktivität der Bundeswehr in der Öffentlichkeit zu steigern, soll vor allem am Ansehen des *Soldatenberufs* gefeilt werden. Dazu dient laut Bundesregierung das *»Informations- und Dialogangebot der Bundeswehr in Massenmedien, der Gesellschaft und sozialen Netzwerken mit dem Ziel deutlich stärkerer Kenntnis, Sinn- und Wertvermittlung sowie Imagebildung und -steigerung zu intensivieren.«* (siehe Maßnahmenpaket, <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Bundeswehr/attraktiv.pdf>, S. 7)

Dementsprechend erhöht die Bundesregierung kontinuierlich das Budget zur Personalanwerbung. So stieg zum Beispiel der Anteil der Werbung in Medien vom Jahr 2009 zu 2011 um nahezu 50 Prozent (von 3,9 Millionen auf 5,7 Millionen). Darüber hinaus wird in sozialen Netzwerken, im Internet (z. B. bei YouTube) sowie bei Sportveranstaltungen verstärkt um Jugendliche geworben. Im Rahmen der *»Attraktivitätssteigernden Maßnahmen«* soll so eine eigene Arbeitgebermarke *»Bundeswehr«* geschaffen werden, die sich am Arbeitsmarkt gegen die Konkurrenz behauptet.

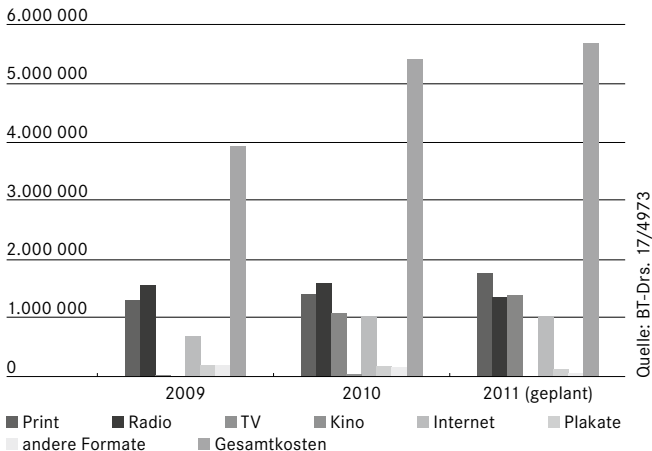
Der Reservistenverband der Bundeswehr fordert analog in einer Pressemitteilung vom März 2011: *»Wir benötigen ein Attraktivitätsprogramm, um nach dem Wegfall der Wehrpflicht geeignete junge Leute aus allen Gesellschaftsschichten für einen Dienst in den Streitkräften zu überzeugen. Wir können sie gewinnen, wenn wir unser wichtiges Motto ›Tu was für Dein Land‹ auch finanziell und glaubwürdig unterfüttern.«* Die, die was für ihr Land tun sollen, sind dabei neben



Menschen mit hohem Bildungsabschluss als Spitzenkräfte für die neue »Hightech Truppe«, vor allem auch immer mehr geringqualifizierte und Personen mit Migrationshintergrund, jedoch laut BMVg vorerst nur mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Besonders bei Geringqualifizierten nutzt die Bundeswehr die Not aus, die bei vielen jungen arbeitslosen Menschen herrscht. Ihnen werden schnell die Hartz IV Leistungen gekürzt, eine berufliche Perspektive bietet sich ihnen oft nicht. Wo Armut herrscht, herrscht Zwang. Zwang seine soziale Not zu überwinden. Schon heute dienen in Auslandseinsätzen überproportional viele Soldaten aus strukturschwachen Regionen. Durchschnittlich 30 bis 40 Prozent von ihnen kommen aus den neuen Bundesländern.

Kosten für personalwerbliche Anzeigen von 2009–2011 (in Euro)



Neben der Werbeoffensive in neuen Medien wird auch weiterhin Wert auf alte militärische Tradition gelegt. So wurde im September 2009 in Berlin das so genannte »Ehrenmal der Bundeswehr« eröffnet. Damit werden de facto die im Ausland getöteten Soldaten glorifiziert. Im Juli desselben Jahres ist erstmals ein neuer Tapferkeitsorden verliehen worden – im Stile des alten Ritterkreuzes.

Auch nach Aussetzung der Wehrpflicht wird es weiterhin öffentliche Gelöbnisse geben, denen sich nun die freiwilligen Wehrdienstleistenden unterziehen müssen. Auch Zapfenstriche und Musikveranstaltungen der Bundeswehr sollen die Akzeptanz und das Ansehen des Militärs in der Bevölkerung steigern und der militärischen Präsenz eine Form von Normalität geben. Solche Veranstaltungen kosten Kommunen und Staat viel Geld.

Die Bundeswehr: Kein Arbeitgeber wie jeder Andere

Auf tausenden Messen und Ausstellungen, meistens in Verbindung mit Job-Messen, gibt sich die Bundeswehr als »normaler« Arbeitgeber aus. Sie lockt mit einem scheinbar sicheren, gut bezahlten Job in unsicheren Zeiten. Doch die Arbeit bei der Bundeswehr ist nicht sicher. Sie kann todsicher werden, wie die Ereignisse im Afghanistan-Krieg zeigen. Es wird getötet und gestorben. Bisher starben 2381 NATO-Soldatinnen und -Soldaten in Afghanistan (Stand 03/2011). Zusätzlich kehren tausende traumatisierte Soldatinnen und Soldaten jedes Jahr aus den Einsatzgebieten zurück. Die Zahl der Fälle von Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) in der Bundeswehr steigt mit der Intensität der Auslandseinsätze von Jahr zu Jahr – das Phänomen wird immer mehr zum gesamtgesellschaftlichen Problem. Etwas, das die Bundeswehr gerne ausblendet wenn sie für den Soldatenberuf wirbt.

Die offiziellen Zahlen und die jüngst veröffentlichte Dunkelziffer von zwei Prozent stellen nur die Spitze des Eisbergs dar. Experten gehen davon aus, dass bei friedenserhaltenden UN-Missionen ca. fünf Prozent aller Soldatinnen und Soldaten an einer PTBS erkranken, bei Kampfeinsätzen, wie dem Afghanistan-Einsatz, mindestens 10–15 Prozent aller am Einsatz Beteiligten. Dies sind deutliche Hinweise dafür, dass auch im Fall der Bundeswehr jede zehnte Soldatin und jeder zehnte Soldat mit einer PTBS zurückkehrt. Sie tritt häufig nach extrem belastenden Erlebnissen auf; die Betroffenen durchleben dann das traumatische Ereignis (wie z. B. Folter, Vergewaltigung, Tötung oder Selbstmord von Kameraden) in

ihrer Erinnerung immer wieder. Freiwillige Wehrdienstleistende, die sich bei der Bundeswehr verpflichten, wird nahegelegt auch eine gesonderte Verpflichtungserklärung für eine »besondere Auslandsverwendung« zu unterschreiben, was de facto die Teilnahme an Auslandseinsätzen bedeutet. Verweigern sie diese, droht ihnen die fristlose Kündigung. Die meisten »Arbeitsverträge« können nicht einfach gekündigt werden – wer nicht mehr zur Arbeit erscheint, wird von den Feldjägern gesucht, zurückgeschleppt und bekommt ein Strafverfahren. Als »Ungehorsam« kann es schon gelten, wenn man seine Vorgesetzten nicht in der von ihm geforderten Art begrüßt. Der Strafrahmen für diese »Delikte« beträgt jeweils bis zu drei bzw. fünf Jahren!

Wer seinen Dienst – selbst mit Zustimmung der Truppe – vorzeitig beendet, auf den kommt die Forderung zu, die Kosten für die erhaltene Ausbildung zurückzuerstatten. Da kommen schnell mehrere tausend Euro zusammen, und auf ein gutes Abschlusszeugnis braucht man dann natürlich nicht zu hoffen.

Darüber hinaus sollte nicht unerwähnt bleiben, dass Soldatinnen und Soldaten beim Eintritt in die Armee hinnehmen müssen, dass wesentliche Grundrechte eingeschränkt werden (wie z. B. das Recht auf Leben und körperliche sowie geistige Unversehrtheit, Art.2 GG, Meinungsfreiheit, Art.5 GG und Versammlungsfreiheit, Art.8 GG.) Ein Streikrecht gibt es selbstverständlich nicht.

Mit dem neuen Wehrrechtsänderungsgesetz wird zwar die Wehrpflicht ausgesetzt, jedoch werden weiterhin alle Jugendlichen unter 18 Jahren von der Bundeswehr angeschrieben, um sie davon zu überzeugen, sich als Freiwillige für den Dienst an der Waffe zu melden. Der Freiwillige Wehr-

dienst (FWD) schließt auch die Teilnahme an den immer risikoreicheren Auslandseinsätzen ein, denn im Gegensatz zu den Wehrpflichtigen wird dieser Einsatz von den künftigen FWDlern erwartet werden. Das Anschreiben und die Rekrutierung der Jugendlichen ist dabei nicht nur unter Datenschutzgesichtspunkten höchst umstritten, sondern stellt auch eine klare Bevorteilung der Bundeswehr gegenüber normalen Arbeitgeberinnen und Arbeitsgebern dar.

Die erste Erfahrung zeigt, dass eine recht hohe Quote von FWDlern schon nach kurzer Zeit wieder kündigt. Jedem FWDler ist es möglich innerhalb der Probezeit (6 Monate) sein Dienstverhältnis kurzfristig zu kündigen. Presseberichte sprechen von 10 bis 20 Prozent bei den ersten Freiwilligen, die innerhalb der Probezeit aufhören.

Die FWDler selbst erhalten einen deutlich geringeren Sold als Zeit- und Berufssoldatinnen und -soldaten.

Im Vergleich mit zivilen Freiwilligen, die sich für ein Freiwilliges Soziales (FSJ) oder Ökologisches Jahr (FÖJ) entscheiden, werden sie jedoch entschieden bevorzugt. Die Organisatorinnen und Organisatoren der Freiwilligen Dienste können nicht annähernd in dem gleichen Rahmen werben wie die Bundeswehr.

Das Taschengeld und weitere Leistungen im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres sowie des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) betragen nur etwa 500 Euro im Monat. Der Sold der freiwillig Wehrdienstleistenden bewegt sich pro Monat in der Spanne von ca 778 bis 1.100 Euro netto. Inklusive der Sachleistungen liegt der Monatsnettolohn bei dem freiwilligen Wehrdienst somit zwischen 1.000 Euro und 1.400 Euro.

Werben um Jugendliche

Für ihre Werbung setzen die Bundesregierung und die Bundeswehr vor allem bei Jugendlichen an. Ihnen soll der Soldatenberuf schmackhaft gemacht werden, sie sollen überzeugt werden, dass Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätze (und das heißt de facto in den Krieg) geschickt werden müssen. Aus dem Grund kommen Jugendoffiziere und Wehrdienstberater in Schulen und Hochschulen und deshalb werden spezielle Events für Jugendliche von der Bundeswehr organisiert. In Jugendmedien wird massiv geworben, ebenso in Boulevardzeitungen. So wurde allein im Frühjahr 2011 für eine mehrwöchige Anzeigenserie in der Springerpresse (BILD, BILD.de und Bild am Sonntag) über 600.000 Euro ausgegeben. Hiermit soll um junge Männer und Frauen mit und ohne Hauptschulabschluss für den freiwilligen Wehrdienst geworben werden. Aber auch in auflagenstarken kostenlosen bundesweiten Schülerzeitungen (z. B. »SPIESSER«) wird direkt geworben, außerdem entfaltet die Bundeswehr großangelegte Reklame im Internet, sowohl in Form von Anzeigen als auch eigenen Angeboten, wie z.B., in Facebook.



Bundeswehr
Karriere mit Zukunft

Sie suchen einen Beruf in einem hoch technologischen und komplexen Umfeld, der interessante berufliche Perspektiven bietet?

Dann bewerben Sie sich als Soldatin/Soldat auf Zeit mit Möglichkeiten einer Berufsausbildung oder Studium!

Bewerbungen von Frauen sind erwünscht. Sie werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt.

www.bundeswehr-karriere.de
Karriere-Hotline: 0180 - 29 29 29 00

Quelle: www.bild.de

Zudem organisiert sie beliebte Sportevents wie »Bw-Beachen« oder die Fußballturniere der »Schul-Liga«, bei denen schon Fünftklässlerinnen und Fünftklässler ihren ersten Kontakt mit der Bundeswehr haben. Ein häufiger Gast ist die Bundeswehr auch beim jährlich stattfindenden »Girls-Day«, dem Zukunftstag für junge Mädchen.

Die Aktivitäten der Bundeswehr an Schulen und Hochschulen sind heute nicht mehr zu übersehen. Wenn Wehrdienstberater und Jugendoffiziere den Unterricht an Schulen besuchen, herrscht meistens Anwesenheitspflicht. So erreichen Jugendoffiziere und Wehrdienstberater über 350.000 Schülerinnen und Schüler jährlich mit Vorträgen, Diskussionen, Seminaren, Truppenbesuchen und Informationsveranstaltungen. Zusätzlich erreicht die Bundeswehr mit Messeständen und Ausstellungen 590.000 Jugendliche. Insgesamt nahezu 1 Million junger Menschen.

Die Bundeswehr ist nicht neutral!

Weder beim Umwerben von neuen Rekruten, noch bei den zahlreichen Besuchen in Schulen tritt die Bundeswehr als »neutraler« Vermittler von Politik auf.

Während die Bundesregierung und die Bundeswehr die Meinung vertreten, Jugendoffiziere würden »wertfrei« über Politik und Bundeswehr berichten, lassen sie außer Acht, dass die professionell ausgebildeten Jugendoffiziere Krieg als legitimes Mittel der Politik verstehen. Kriege werden in ihren Vorträgen beschönigt und vieles außen vor gelassen. Andere Meinungen werden als naiv bezeichnet. In der Darstellung der Bundesregierung wird »unsere« Sicherheit durch eine Vielzahl von Bedrohungen gefährdet, wobei die Liste von Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, Staatenzerfall, Klimawandel, Epidemien, Flüchtlingsströme usw. reicht. Zur Abwehr all dieser Risiken sei das Militär unverzichtbar. Woher diese »Bedrohungen« kommen und welche wirtschaftlichen und machtstrategischen Interessen hinter Kriegseinsätzen stehen, wird nicht erläutert.

Zudem wird verschwiegen, dass nicht nur die Soldatinnen und Soldaten einer hohen Gefahr ausgesetzt sind, traumatische Ereignisse erleben und bleibende psychische und physische Schäden davontragen, sondern die Zivilbevölkerung vor Ort am stärksten unter den Kriegen leidet.

Offiziell ist festgelegt, dass Jugendoffiziere nicht als Wehrdienstberater auftreten. Aber sie weisen jungen Menschen den Weg zu den Beratern. Neben 94 hauptamtlichen gibt es um die 300 nebenamtliche Jugendoffiziere.

Der deutlichste Beleg dafür, dass Jugendoffiziere keinen neutralen Unterricht anbieten, findet sich im »Handbuch des Jugendoffiziers«: Es sieht als oberstes Ziel nicht etwa die wertfreie Vermittlung von Informationen vor, sondern, die »Zustimmung der Bevölkerung« zum »Verfassungsauftrag« der Bundeswehr zu erhalten, was ausdrücklich »Einsätze deutscher Streitkräfte im Rahmen des erweiterten Sicherheitsbegriffs« beinhaltet. Den Jugendoffizieren wird eingeschärft: »Für die Arbeit müssen Sie sich immer an politische Grundsatzaussagen, Analysen und Hintergrundinformationen aus den Bereichen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik des BMVg« (des Verteidigungsministeriums) bzw. anderer vorgesetzter Dienststellen halten. Sie sind also keine unabhängigen »Expertinnen oder Experten«, sondern Vertreterinnen und Vertreter, die Reklame für ihre Firma machen.

Die jungen Offiziere dürfen heute nicht älter als 32 Jahre sein, um noch auf Augenhöhe mit den jungen Menschen sprechen zu können: »Den Jugendoffizier muss Wendigkeit, Begeisterungsfähigkeit, Redegewandtheit, politisches Interesse und Freude an der Jugendarbeit auszeichnen«, heißt es im Handbuch. (Quelle: Handbuch: Der Jugendoffizier, Sankt Augustin 2009)

Kooperation der Bundeswehr mit Bundesländern

Inzwischen gibt es in acht Bundesländern (Nordrhein Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen) Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusministerien der Länder und der Bundeswehr, die den Jugendoffizieren den Weg in die Schulen ebnen. Jugendoffiziere in NRW haben bereits festgestellt, dass die Präsenz der Bundeswehr an den Schulen durch die Kooperationsvereinbarungen zunimmt. Analog zielt das Kommunikationskonzept der Bundeswehr auch auf *»Einstellungen und Meinungen relevanter Multiplikatoren wie Eltern und Lehrer«* ab.

(Maßnahmenpaket:<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Bundeswehr/attraktiv.pdf>)

So verstärkten die Jugendoffiziere mit Hilfe der Kooperationsvereinbarungen in den letzten Jahren vor allem ihr Engagement bei der Fort- und Weiterbildung von jungen Referendarinnen und Referendaren und Lehrerinnen und Lehrern. In dem Bericht der Jugendoffiziere aus dem Jahr 2009 heißt es: *»Die Jugendoffiziere arbeiten mit vielen jungen Pädagogen zusammen, die noch vor kurzem in der Referendarausbildung an Seminaren der Jugendoffiziere teilgenommen haben. Diese Kontakte sind nach den bisherigen Erfahrungen nachhaltig und bleiben bestehen. Hier zeigt die Arbeit der Jugendoffiziere ausnahmslos positive Auswirkungen.«*

	Referendariats-ausbildung	
Jahr	Veranstaltungen	Teilnehmerinnen und Teilnehmer (insgesamt)
2003	1	580
2009	27	1073

	Lehrpersonal Fort- und Weiterbildung	
Jahr	Anzahl Seminare	Teilnehmerinnen und Teilnehmer
2003	96	2499
2009	107	3266

Quelle: Bundestags-Drucksache 17/1511

Die Jugendoffiziere der Bundeswehr werden in die Referendariatsausbildung eingebunden und Lehrende und Referendarinnen und Referendare nehmen vermehrt an kostenlosen Fort- und Weiterbildungsangeboten der Bundeswehr teil. Immer häufiger wird dann Unterrichtsmaterial der Bundeswehr oder Bundeswehrraher Einrichtungen übernommen, das auch aufgrund knapper öffentlicher Kassen. Die Angebote der Jugendoffiziere erscheinen auf immer mehr Bildungs-Servern. Begründet wird dies oft mit der Notwendigkeit internationale Politik in der Schule zu diskutieren um dem Lehrplan gerecht zu werden. Anstatt aber den Politik- und Sozialwissenschaftsunterricht mit ausreichend finanziellen

Mitteln auszustatten, wird der Bundeswehr das Feld überlassen. DIE LINKE fordert deshalb mehr Geld für Bildung, sowie für die Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Die Referendariatsausbildung muss bundeswehrfrei sein. Es kann nicht sein, dass die Bundeswehr die Aufgabe von ausgebildeten Pädagoginnen und Pädagogen ersetzt.

In den Kooperationsvereinbarungen zwischen Schulministerien und Bundeswehr heißt es u. a.: *»Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein.«* Das nationale Interesse Deutschlands umfasst allerdings, laut dem Bundeswehr-Weißbuch 2006 (dem aktuellen strategischen Konzept der deutschen Armee) auch die Sicherung von Rohstoffen für die deutsche Wirtschaft mit militärischen Mitteln. Dies ist keine neutrale Sichtweise auf Konflikte und deren Lösung.

Die Kooperationsabkommen sowie das Engagement der Jugendoffiziere in den Schulen verstoßen gegen den Beutelsbacher Konsens zur Richtlinienbestimmung von Unterricht in der politischen Bildung. Dessen Ziel ist es, Schülerinnen und Schülern eine eigene Meinungsbildung zu ermöglichen (siehe auch Seite 27):

Auch der der CDU nahestehende Dr. Siegfried Schiele, über 28 Jahre lang Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und 1976 Mitinitiator des Beutelsbacher Konsens, kritisiert die Kooperationsabkommen zwischen Bundeswehr und Schulministerien sowie die Einsätze der Jugendoffiziere an Schulen: »Das ist prinzipiell kritisch zu betrachten. Es muss sichergestellt sein, dass die politische Bildung nach den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses vermittelt wird. Dies scheint bei solchen Abkommen nur eingeschränkt der Fall zu sein. Es ist ungewiss, ob die Bundes-

wehr auch andere Sichtweisen als die der Bundesregierung und des Verteidigungsministeriums – also beispielsweise die der Friedensbewegung – wiedergibt. Ich halte solche Abkommen für fragwürdig.» (Neues Deutschland, 22. Oktober 2010)

DIE LINKE lehnt Kooperationsvereinbarungen der Schulministerien mit der Bundeswehr ab. Sie befürwortet den Widerspruch wie er sich in den Bildungsministerien einiger ostdeutscher Bundesländer wie Thüringen regt. Dort fühlt man sich beim Thema Wehrpolitik in Schulen zu stark an den Wehrkundeunterricht und die Militarisierung der Gesellschaft zu DDR-Zeiten erinnert.

Versuche, diese Übereinkommen zu modifizieren oder bei jedem militärischen Auftreten in Schulen einen bundeswehrkritischen Gegenpol bereitzustellen, lösen das Grundproblem nicht, dass die Bundeswehr strukturell immer im Vorteil ist. So ist die Friedensbewegung im Vergleich mit der Bundeswehr nicht mit den gleichen finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet. Während Jugendoffiziere für ihre Arbeit in den Schulen hohe Gehälter kassieren, arbeiten Aktivistinnen und Aktivisten in der Friedensbewegung oft ehrenamtlich und genießen keine professionelle rhetorische Ausbildung. Zudem besteht die Gefahr, dass der Einsatz von Jugendoffizieren durch die Anwesenheit von Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten aufgewertet wird.

Die Bundeswehr an der Schule

Um sich gegen das Auftreten der Bundeswehr zu Wehr zu setzen, ist es zunächst wichtig zu wissen, wie eine Veranstaltung der Bundeswehr ablaufen kann, wer darüber entscheidet, dass die Bundeswehr in die Klassenzimmer kommt und welche Möglichkeiten es gibt, sich darauf vorzubereiten. Die folgenden Fragen sollen dabei helfen.

Kommt die Bundeswehr auch an meine Schule?

Über Schuleinsätze der Wehrdienstberater kann man sich informieren, z. B. werden die Termine regelmäßig von der Fraktion DIE LINKE in Kleinen Anfragen abgefragt (zuletzt hier: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/056/1705637.pdf>) Die Termine der Jugendoffiziere müssen bei der Schule direkt erfragt werden.

Wer entscheidet darüber, ob die Bundeswehr kommen darf?

Auch wenn es Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr im jeweiligen Bundesland gibt, hat das letzte und entscheidende Wort über einen Besuch die Schulleitung und die verantwortliche Lehrperson. Sie organisieren den Besuch mit den Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern.

Wie läuft eine Veranstaltung ab?

Während Wehrdienstberater über die »Karrierechancen« in der Bundeswehr bei Informationsveranstaltungen berich-

ten, gehen die Jugendoffiziere meist direkt in die Schul-
klassen, halten längere Vorträge zu sicherheitspolitischen
Themen, beteiligen sich an Podiumsdiskussionen oder füh-
ren ein bis zu 5-tägiges Seminar, oft in Verbindung mit dem
Strategie Spiel PoI&IS, durch. Darüber hinaus laden die Ju-
gendoffiziere zu Besuchen in Kasernen und Truppenstütz-
punkten ein. Dem Unterricht angepasst zur »Unterstützung
der Lehrkräfte«, referieren die Jugendoffiziere u.a. über
folgende Themen (Quelle: [http://www.jugendoffizier.eu/
im-unterricht](http://www.jugendoffizier.eu/im-unterricht)):

- Grundzüge deutscher Außen- und Sicherheitspolitik
- Deutschlands Einbindung in Bündnisse kollektiver
Sicherheit
- Entspannung durch Rüstungskontrolle und Abrüstung
- Friedenssicherung im Bündnisrahmen und im Auftrag
der Vereinten Nationen
- Internationaler Terrorismus als Bedrohung des
21. Jahrhunderts
- Ethisch-moralische und politische Legitimation
unserer Streitkräfte
- Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Frauen in der Bundeswehr
- Soldaten als Staatsbürger in Uniform
- Alltag und Dienstgestaltung in der Bundeswehr
- Die Bundeswehr im Wandel

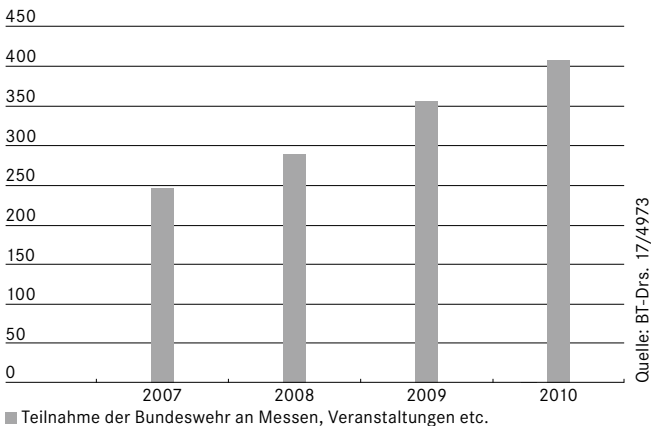
Diese Themen sind äußerst kontrovers und werden sowohl
in der Politik als auch in der Wissenschaft strittig diskutiert.
Deshalb lehnt DIE LINKE ab, dass die Bundeswehr, die nicht
in der Lage ist eine ausgewogene, neutrale Sichtweise den
Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern zu
vermitteln, über diese Themen referiert.

Was hat es mit dem Strategie-Spiel Pol&IS auf sich?

Pol&IS – (Politik & Internationale Sicherheit) ist ein Strategie-Spiel, welches in den 80er Jahren von Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftlern entwickelt wurde. Ziel war es, jungen Menschen weltpolitische und ökonomische Zusammenhänge zu veranschaulichen. 1989 wurde das Spiel von der Bundeswehr gekauft, modifiziert und in ihrem Sinne »verbessert«. Das Spiel ist äußerst beliebt, weshalb die Jugendoffiziere nach eigenen Angaben lange im Voraus »ausgebucht« sind, im Durchschnitt erreicht die Bundeswehr damit jedes Jahr ca. 17.000 Schülerinnen und Schüler.

Grundlage des Simulationsspiels bildet ein großes Spielbrett, auf dem eine Weltkarte abgebildet ist, wobei Kontinente und Länder zu elf verschiedenen Regionen zusammengefasst sind: West- und Osteuropa, Nord- und Süd-

Messebeteiligungen der Bundeswehr



amerika, Ozeanien, Asien, Japan, China, Afrika, Arabien und die GUS-Staaten. Den verschiedenen Regionen sind spezifische Eigenschaften zugeteilt, die die reale Welt widerspiegeln sollen: Energie- und Rohstoffvorkommen, militärische Fähigkeiten, Industrie- und Agrarsektor sowie Bevölkerungszahl. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer übernehmen im Spiel die Rolle von Staatspräsidentinnen und Staatspräsidenten, Wirtschaftsministerinnen und Wirtschaftsministern oder Vorsitzenden von Internationalen Organisationen (z. B. Weltbank). Die Jugendoffiziere lenken als Spielleiterinnen und Spielleiter die Richtung des Spiels. Mit verschiedenen Spielbausteinen können sie in das Spiel eingreifen. Zu den Grundbausteinen gehören der Politikbaustein, der Wirtschaftsbaustein und ein weitgefächerter Militärbaustein. Das Planspiel selbst verläuft in Spielrunden. Die komplexen Abläufe werden durch Konferenzen, beispielsweise in der imaginären UN-Vollversammlung, erörtert. Markus Pflüger, der mit mehreren Menschen aus der Friedensbewegung an dem Spiel teilnahm, beschreibt den Ablauf wie folgt (Auszug aus: Neues Deutschland, 11/2010): *»Das Spiel ist hochkomplex und in seiner Weltsicht trotzdem verkürzt. Polis ist nicht grundsätzlich anders als andere Strategiespiele, der Werbeeffekt für die Notwendigkeit von Waffen läuft eher subtil und indirekt. Für Schüler schwer zu durchschauen. [...] Tatsächliche politische Machtverhältnisse und Lobbygruppen – beispielsweise Korruption oder von Konzernen und Eigeninteressen gesteuerte Politik – werden in Polis weder thematisiert noch in Frage gestellt. Der Einfluss der Konzerne auf Politik, Waffenhandel, Landnahme oder Meinungsbildung wird einfach ausgeblendet. Die Funktion des Militärs wird so nebenbei als selbstverständlich dargestellt – der militärische Einsatz für wirtschaftliche Interessen damit normalisiert. Eine geschickte Militarisierung des Zivilen.«*

Veranstaltungen: Jugendoffiziere		Vorträge und Podiumsdiskussionen		Pol&IS Seminare	
Zielgruppen	Jahr	Veranstaltungen	Teilnehmerinnen und Teilnehmer	Veranstaltungen	Teilnehmerinnen und Teilnehmer
Schülerinnen und Schüler	2003	3 143	78496	385	k.A.
	2009	4415	115207	365	16120
	2010	-	102333	-	23770

Veranstaltungen: Wehrdienstberater		Vorträge und andere Veranstaltungen	
Zielgruppen	Jahr	Veranstaltungen (Anzahl)	Teilnehmerinnen und Teilnehmer
Schülerinnen und Schüler	2007	11240*	250168
	2009	12648	280672
	2010	12935	196075

Quellen: BT-Drs. 17/1511; BT-Drs. 17/4973; BT-Drs. 17/4587

Was für Unterrichtsmaterial verbreitet die Bundeswehr zusätzlich?

Bekannt unter vielen Lehrerinnen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern sind die Unterrichtsmaterialien »Frieden und Sicherheit«. Wie die Bundesregierung in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der LINKEN (BT-16/8852) schreibt, gibt der der Friedrich-Naumann-Stiftung nahestehende Verein »Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V.« das *»pädagogisch besonders wertvoll ausgezeichnete Unterrichtsmaterial in Form eines Schüler- und Lehrhefts mit dem Titel »Frieden & Sicherheit« heraus*. Laut Impressum leistet das Verteidigungsministerium bei der inhaltlichen Ausgestaltung *»fachliche Beratung*«. Die immer hochaktuellen Materialien werden über die Internetseite www.frieden-und-sicherheit.de kommuniziert. Dort können sie auch kostenlos heruntergeladen oder bestellt werden, worauf natürlich bei knappen Kassen in den Schulen gerne zurückgegriffen wird. Im Jahr 2007 wurden insgesamt 325.000 Hefte bestellt. Dafür wird der Verein Jugend und Bildung jährlich mit 330.000 Euro durch die Bundesregierung unterstützt (Daten der Bundesregierung: Jahr 2008). Die Hefte selbst sind gut und attraktiv aufbereitet. Kritik fällt schwer, da nicht direkt Falschaussagen getroffen werden. Allerdings werden die Auslandseinsätze der Bundeswehr, auch der Krieg in Afghanistan, durchweg als legitim dargestellt. Bei der Lösung von Konflikten und Bedrohungen, wie Terrorismus, zerfallende Staaten und Klimawandel kommt, laut der Unterrichtsmaterialien, der Bundeswehr eine entscheidende Rolle zu. Zu den Ursachen dieser Konflikte und Bedrohungen findet sich hingegen wenig, eine Mitverantwortung der Industriestaaten oder des globalen Wirtschaftssystems wird ausgeschlossen.

Wie kann Protest organisiert werden?

Um Gegenwehr zu organisieren, sollten **Schülerinnen und Schüler** zu allererst die Schülerinnen- und Schülervertretung, die Vertrauenslehrerinnen und Vertrauenslehrer oder die Eltern davon unterrichten, dass die Bundeswehr in die Schule eingeladen wird und verdeutlichen, warum der Besuch nicht gewollt ist. **Eltern** können sich direkt an die Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer, Fachlehrkräfte oder die Schulleitung wenden. Ein weiteres Mittel für Eltern kann sein, dass sie kollektiv ihre Kinder von dem Unterricht befreien. Dies ist rechtlich zulässig und wurde schon bei mehreren Besuchen von Jugendoffizieren praktiziert.

Lehrerinnen und Lehrer wiederum haben die Möglichkeit sich an die GEW zu wenden. Deren Hauptvorstand hat sich bereits 2010 in einem Beschluss »entschieden gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts« gewandt. Die Gewerkschaft kann mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Zudem sollten nach Möglichkeit außerschulische Friedensgruppen mit einbezogen werden. Es ist hilfreich möglichst viele Personen zu informieren, um gemeinsam Protest zu organisieren.

Wenn mit den offiziellen Stellen (z. B. mit der Schulleitung) gegen den Bundeswehrbesuch argumentiert wird, ist es außerdem hilfreich sich auch auf den Beutelsbacher Konsens zu berufen, gegen den die Bundeswehr verstößt.

Was ist der Beutelsbacher Konsens?

Der Beutelsbacher Konsens legt die Richtlinien und Minimalbedingungen für politische Bildung fest. Er besteht seit 1976. Ziel des Konsenses ist es, den Schülerinnen und Schüler eine eigene Chance auf Meinungsbildung zu ermöglichen. Die folgenden drei Prinzipien sind festgelegt:

1. Überwältigungsverbot: Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinn erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbstständigen Urteils zu hindern.

2. Kontroversitätsgebot: Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs Engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination überschritten.

3. Analysefähigkeit: Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen.

(Quelle: <http://www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens.html>)

Ein Bündnis gegen die Bundeswehr an der Schule gründen? Wer kann helfen?

In mehreren Städten und Bundesländern gibt es bereits Bündnisse gegen Bundeswehraktivitäten an Schulen. Diese sind ein wichtiger Ansprechpartner um breiten Protest zu organisieren. Wenn noch kein solches Bündnis in der Nähe besteht, können Jugendorganisationen (z.B. Linksjugend [`solid], Linke.SDS oder DGB-Jugend), Vereine (z.B. DFG-VK), Parteien (z.B. DIE LINKE), Gewerkschaften (z.B. GEW)

oder kirchliche Friedensorganisationen bei der Gründung eines Bündnisses unterstützend sein. Die Linksammlung am Ende der Broschüre (und online) ist hilfreich bei der Organisation von Protest, der Gründung eines Bündnisses und der Vertiefung in das Thema Bundeswehr und Schule.

Was tun, wenn sich die Veranstaltung trotz alledem nicht verhindern lässt?

Wenn sich die Veranstaltung der Bundeswehr trotz Protests nicht verhindern lässt, kann der Protest auch in die Schule getragen werden. Es können Transparente und Plakate gemalt und in der Schule und dem Klassenzimmer aufgehängt werden um damit der Bundeswehr zu zeigen, dass sie nicht willkommen ist. Weiterhin sollten gemeinsam Argumente gesammelt werden mit denen den Jugendoffizieren entgegen getreten werden kann. Diese Broschüre bietet dafür eine gute Grundlage. Es ist zum Beispiel möglich, die Jugendoffiziere über die Bilanz des Afghanistan-Einsatzes anzusprechen und dabei Krieg, Traumata sowie Leid der Zivilbevölkerung zu thematisieren. Ausarbeitungen zu den Themen finden sich in der Linksammlung.

Wenn sich der Besuch der Jugendoffiziere nicht verhindern lässt kann auch hilfreich sein, darauf zu bestehen zusätzlich zur Bundeswehr auch bundeswehrkritische Referentinnen oder Referenten einzuladen. Schlussendlich besteht auch die Möglichkeit, dass Eltern ihre Kinder von der Veranstaltung befreien. Diese »Flucht« aus dem Unterricht sollte jedoch das letzte Mittel sein. In Schleswig-Holstein hat das Kultusministerium einer Befreiung aus Gewissensgründen zugestimmt und der Bayerische Elternbund hat einen Formularvordruck entworfen, den ihr euch über die Linksammlung herunterladen könnt.

Die Bundeswehr an der Hochschule

Neben den Schulen zeigt die Bundeswehr auch an den Universitäten immer stärkere Präsenz. Ob mit Vorlesungen und Seminaren zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder Militärsoziologie, Werbeständen auf Berufs- und Karrieremessen oder gezielte Rüstungs- und Militärforschung, die Bundeswehr interveniert massiv in das studentische Leben.

Der Zwang Drittmittel einzutreiben, bringt viele Universitäten und Institute dazu, im Bereich der Rüs-

tungs- und Militärforschung tätig zu werden. An mehreren Universitäten können bereits credit-points bei Veranstaltungen von und mit der Bundeswehr erworben werden. Darüber hinaus nutzt die Bundeswehr die Studiengebühren an zivilen Unis, um für die Bundeswehr-Universitäten zu werben. Dabei ist ihr Leitspruch: »Studieren ohne Gebühren, Studieren mit Gehalt – Studium bei der Bundeswehr.« So macht sich die Bundeswehr den bundesweiten Sozial- und Bildungsabbau zu Nutze. DIE LINKE fordert deshalb mehr Geld für unabhängige Bildung und Forschung sowie die Einführung einer Zivilklausel an allen Universitäten. Die Wissenschaft ist dem Frieden verpflichtet.



Entschieden gut. Gut entschieden:
Ihre Karriere als Offizier.

Studieren mit Gehalt

Sie suchen einen interessanten Beruf mit Führungsverantwortung und nicht alltäglichen Herausforderungen?
Sie suchen eine akademische Ausbildung unter optimalen Bedingungen?

Bewerben Sie sich jetzt als Offizier!

Weitere Informationen unter:
www.bundeswehr-karriere.de

Persönliche Beratung: 0180 - 29 29 29 00

Es gilt das allgemeine Recht der FOM, Presse- und Medienarbeiten können abwechselnd von Frauen und Männern durchgeführt werden.
Bewerbungen von Frauen sind erwünscht.
Sie werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt.

Krieg bringt keinen Frieden – Position der LINKEN

Mit Sorge betrachten wir die zunehmenden Aktivitäten der Bundeswehr zur Selbstdarstellung und zur Werbung von Nachwuchs an den Schulen in der Bundesrepublik. Es kann kein Zufall sein, dass diese Aktivitäten in eine Zeit der verstärkten Orientierung der Bundeswehr hin zur Führung von Interventionskriegen im Ausland fallen. Ebenso ist es kein Zufall, dass diese Propagandaaktivitäten insbesondere in strukturschwachen Gebieten (z. B. im Osten) besonders massiv sind.

- DIE LINKE lehnt die Auftritte von Jugendoffizieren sowie Wehrdienstberatern an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ab. Die Schule darf kein Ort für die Rekrutierung von Soldatinnen und Soldaten werden.
- DIE LINKE ist gegen Kooperationsvereinbarungen zwischen Kultusministerien und Bundeswehr. Bestehende Kooperationsvereinbarungen sollen gekündigt werden. Wir setzen uns für die Einhaltung des Beutelsbacher Konsens und für Schule als militärfreien Ort ein. DIE LINKE fordert: Keine Truppenbesuche als Klassenfahrt!
- DIE LINKE wendet sich entschieden gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der Lehrerinnen- und Lehreraus- und -fortbildung.
- DIE LINKE setzt sich für eine Lehrerinnen- und Lehrerausbildung ein, deren Inhalte frei von Indoktrinierung und Manipulation sind. Die politische Bildung gehört in die Hände von ausgebildeten Lehrkräften und nicht in die von Jugendoffizieren der Bundeswehr.

- Zudem sagt DIE LINKE: Bildung ist keine Ware.
- Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule – kostenfreie Bildung für alle.
- Gemeinsames Lernen statt Selektion – für 10 Jahre gemeinsames Lernen.
- Soziale Öffnung der Hochschule – für ein Studium, das jedem jungen Menschen offen steht. Unabhängig vom Geldbeutel der Eltern!

Weitergehende Informationen:

Linksammlung auf der Webseite der Fraktion

DIE LINKE: <http://www.linksfraktion.de/>

Fact-Sheet Bundeswehr und Schulen, Juni 2010,
Informationsstelle Militarisierung (IMI).

www.imi-online.de

Michael Schulze von Glaßer: An der Heimatfront, 2010

Impressum

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Kontakt: www.linksfraktion.de

Text: Christine Buchholz, Ulla Jelpke,

Frank Brendle, Malte Fiedler,

Fiona Merfert, Tobias Pflüger

Stand 03.08.2011

www.linksfraktion.de